

Redebeiträge von Thomas Schlick, Vorsitzender der AfD-Fraktion, im Rat der Stadt Wolfsburg in der Ratssitzung am 28.10.2020:

Zur Vorlage V2020/ 1561-1 Mobilitätsstrategie:

Wo, wenn nicht in dieser Stadt, wo wenn nicht in Wolfsburg, sollte man ein Loblied auf das Automobil singen?

Vorab: Es ist gut, dass man sich Gedanken macht, wie die Mobilität in Wob zukünftig gestaltet werden soll. Auch die Beteiligung verschiedener Gruppen (z.B. Radfahrer) in Workshops war eine gute Idee.

Die AfD-Fraktion begrüßt, dass Radverkehr sicher gestalten werden soll (Bordstein-Absenkungen/ Begradigungen statt Slalom/ Engstellen beseitigen).

Wir begrüßen auch, dass man den ÖPNV stärken möchte. Unsere Fraktion hat das schon oft als angemahnt und auch diverse Male entsprechend im Rat abgestimmt wogegen die Fraktionen von SPD und CDU gerade erst die ÖPNV-Kilometerleistung um ca. 10% gekürzt hatten).

Viele gute Aspekte also, die wir mittragen und gut finden, aber das Mobilitätskonzept als Ganzes finden wir nicht gut!

Denn in dem vorliegenden Mobilitätskonzept wird sich leider einseitig gegen das Automobil positioniert! Es heißt dort unter anderem als Ziel: „den Trend, den Kfz-Verkehr mit seinen negativen Auswirkungen auf das städtische Umfeld umzukehren“.

Diese bösen Kfz...

Ich darf noch einmal daran erinnern: Diese Stadt existiert nur dank des Kfz, sie ist extra dafür gebaut worden!

Die Herstellung und Nutzung von Autos sichert hier seit Jahrzehnten unser aller Einkommen mit dem wir unsere Mieten, unsere Kleidung, unser Essen, unsere Renten und die Ausbildung unserer Kinder zahlen! Nur dank der Autoproduktion und seiner vielen Millionen Nutzer war es möglich, dass diese Stadt prosperieren konnte! Das scheinen einige langsam zu vergessen!

Galt das Automobil früher als Ausdruck von Freiheit, von Fortschritt, als Ausdruck persönlichem und gesellschaftlichem Wohlstands, so ist das Auto heute wohl nur noch böse und individuelle – also nicht im Kollektiv organisierte- Mobilität ist anscheinend unerwünscht!

SPD und Grüne wollen uns allen Ernstes das zu Fuß gehen oder das Fahren mit dem Lastenfahrrad als Mobilität der Zukunft verkaufen!

In China, wo man mittlerweile auf die Nutzung autonomer Fahrzeuge, auf die Lieferung von Waren mit Drohnen, auf E-SUVs usw. setzt und schon lange vom Lastenfahrrad abgestiegen ist, lacht man sich sicher über uns Deutsche kaputt! Dank Rot und Grün wird Chinas Vergangenheit nun Deutschlands Zukunft! Wer wird schon bei Regen gerne Fahrrad fahren oder mit dem E-Skooter im Winter oder zur Arbeit fahren? Wer geht von Fallersleben oder Ehmten zu Fuß zum Bahnhof? Wenn wir ehrlich sind, dann wird es vielleicht einige geben, aber nicht die große Masse, nicht die breite Bevölkerung- die wird das nicht tun!

Es geht Ihnen auch nicht um das gleichberechtigte Miteinander der verschiedenen Mobilitätskonzepte. Es geht ihnen in Wirklichkeit darum, Autos aus der Stadt zu verbannen, es den Bürgern madig zu machen, sich mit ihrem eigenen Auto frei zu bewegen wann und wie es ihnen gefällt!

Darum wollen Sie auto-arme Quartiere.
Darum wollen Sie eine auto-arme Innenstadt.
Darum wollen Sie den Parkraum reduzieren.
Darum wollen Sie erhöhte Preise fürs Parken.
Darum wollen Sie mehr Parkraumüberwachung, sprich Bußgelder.

Sie machen alternative Mobilitätskonzepte nicht attraktiver, sondern machen das Autofahren unattraktiver um ihre ideologisch begründete Politik durch zu setzen! Ohne diese politischen Interventionen hätten ihre sogenannten Alternativen zum Automobil, auch ihre alternativen Batterieantriebe doch gar keine Chance, sich auf dem freien Markt durchzusetzen!

Sie wollen die Bürger erziehen statt ihnen die Mobilität zu ermöglichen, die Sie sich selbst wünschen!

Vor Kurzem erst gab es einen Antrag der Fraktion der Linken, lokale Geschäfte zu stärken. Nun verhindern Sie, dass die Kunden die Geschäfte erreichen!
Die Geschäfte, die durch die Corona-Ausgangssperren und – Kontaktbeschränkungen und –Auflagen bereits kurz vor ihrem Kollaps stehen, denen sperren Sie jetzt auch noch die Kundschaft aus!
Somit wird wohl die Zahl der Online-Verkäufe weiter steigen und auch das letzte lokale Geschäft ihrer Politik zum Opfer fallen.

Sie sprechen von einer Einbindung der Pendler, die nach Wolfsburg kommen. Als es vor nicht allzu langer Zeit um die Entscheidung für oder gegen S-Bahnen oder Qualitätsbusse ging, da haben Sie die Anbindung von Gifhorn/ Helmstedt ja gar nicht betrachtet!
Ihre Untersuchung hatte nur den innerstädtischen Verkehr im Blick und wir haben das damals angesprochen und kritisiert. Nun fällt ihnen nichts weiter ein als große Parkplätze vor der Stadt zu bauen, um den Pendlerverkehr abzufangen, bevor er die Stadt erreicht.

Statt alles daran zu setzen, dass Wolfsburg wächst, müsste man daraufsetzen, Metropolen mit dem Umland zu vernetzen! Und zwar verkehrstechnisch, wie auch datentechnisch! Umliegende Gemeinden an die großen Zentren anzuschließen, damit diese kleinen Gemeinden attraktiver werden, aber dabei versagen sowohl im

Bund als auch im Land und den Kommunen die Verantwortlichen- meist von CDU und SPD!

Dörfer und kleine Städte sterben aus und die Metropolen platzen aus allen Nähten! Ich habe es mehrfach gesagt: Pendler belasten die Verkehrswege zu wenigen Zeiten am Tag.

Einwohner jedoch sind auch nach Dienstschluss hier und bleiben daher auch auf unseren Straßen aktiv.

Die Rechnung, weniger Pendler- mehr Einwohner= weniger innerstädtischer Verkehr ist und bleibt falsch!

Diese Leute nehmen NICHT alle das Fahrrad! Sie gehen NICHT alle zu Fuß, so wie Herr Mohrs es immer und immer wieder behauptet!

Und Herr Bachmann will ja von den Steuereinnahmen durch die Neubürger profitieren- vergisst aber offenbar, dass diese Bürger auch Anforderungen an die Infrastruktur stellen! Wohnen, Schule, Kita, Sportplatz... Das alles kostet der Stadt wohl nichts?

Oder geht es nur darum, dass die Stadt unter allen Umständen größer wird- an Einfluss gegenüber Konkurrenten wie Braunschweig gewinnt?

Es wird oft von Ihnen gesagt, „VW steht zu diesem Weg“.

Aber bleibt VW denn anderes übrig?

Sie haben doch durch Grenzwerte auf nationaler- und EU-Ebene dafür gesorgt, dass VW nur die Flucht nach vorne ergreifen kann!

Sie sprechen vom Flächenverbrauch für Verkehrsflächen: Als würden Park-and-Ride Parkplätze oder Parkhäuser vor den Toren der Stadt keine Flächen versiegeln...

Sie sorgen doch selber dafür, dass immer mehr Flächen bebaut werden! Oft genug hat die AfD-Fraktion dagegeengehalten!

Sie reden davon, dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sein sollen: Wer zahlt denn über Steuern, Abgaben, Mineralölsteuer, KFZ-Anmeldung die Infrastruktur, die wir alle- auch die Roller- und Fahrradfahrer und Fußgänger nutzen? Wer zahlt über Steuern auch für einen ÖPNV mit, den Sie evtl. selbst gar nicht oder nur sehr selten nutzen? Richtig, es sind die Autofahrer! Vergessen Sie das nicht, wenn Sie mal wieder von den Belastungen durch die Autofahrer reden!

Ich bin gespannt, wie hoch Sie Strom besteuern oder Fahrrad.-fahren oder zu-Fußgehen, wenn Sie die Melkkuh Autofahrer leer gesaugt haben! Und ich frage mich von was die Bürger diese Steuern erwirtschaften sollen, wenn Sie das Automobil irgendwann erfolgreich verbannt haben.

Die PUG-Fraktion hat einen Änderungsantrag eingebracht, bestehende Biotop aus der Mobilitätsplanung auszunehmen. Diesen Ansatz befürworten wir!

Es ist eine sinnvolle, ökologische Verbesserung der Vorlage, die wir aber im Gesamttext nicht mittragen und daher ablehnen werden.

Zu den Ausführungen von Herrn Richter (Grüne):

Er sagte: „Die Verwaltung hätte mit der Ergänzung durch den PUG-Text nicht mehr die Möglichkeit, sinnvolle Lösungen zu präsentieren und dem Rat vorzuschlagen“. Wenn Sie, Herr Richter, damit meinen, dass die Verwaltung zukünftig Mobilität nicht mehr sinnvoll planen kann, ohne bereits bestehende Biotopflächen als Mobilitätsraum mit einzubeziehen, dann frage ich mich: Was haben Sie vor, Herr Richter? Was planen Sie auf diesen schützenswerten Flächen???

Zur Vorlage V2020/ 1566 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer B:

Einmalige Straßenausbaubeiträge sind für die einzelnen Bürger eine große Belastung, können Sie bis in den Ruin treiben. Daran ändern auch Ratenzahlungen und Kreditangebote nichts die für Rentner und ältere Mitbürger schon immer ein Hohn waren! Sie sind ungerecht, weil es sie in der europäischen Union nur noch in Deutschland und Dänemark gibt. Weil es sie in nur noch 11 von 16 Bundesländern gibt.

Unsere Nachbarn in Braunschweig z.B. zahlen seit 2018 schon keine Ausbaubeiträge mehr.

In Hannover- unserer Landeshauptstadt ebenso.

In der Bundeshauptstadt muss man schon seit 2012 keine Ausbaubeiträge mehr bezahlen.

Darum ist ihre Abschaffung immer wieder in der Diskussion.

Wenn man die Einmalzahlungen der Straßenausbaubeiträge beseitigen bzw. die Straßenausbaubeiträge komplett abschaffen will- und das wollen so ziemlich alle Fraktionen- auch unsere Fraktion hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht- , dann gibt es genau 3 Möglichkeiten:

1. Wiederkehrende Beiträge:

Dem hält die Verwaltung eine komplizierte Abrechnung und das komplizierte Einrichten von Abrechnungseinheiten entgegen.

Im Prinzip bedeutet das viel Arbeit für die Stadtverwaltung.

Noch mehr Angst hat man nur vor den steigenden Ansprüchen der Bürger, die durch das Zahlen eines regelmäßigen Beitrages auf den Gedanken kommen könnten, ein Anrecht auf eine intakte Straße vor der Haustür zu haben.

Darum wurde diese Idee von fast allen relativ schnell wieder verworfen.

2. Anhebung der Grundsteuer:

Mit der Folge, dass diese Anhebung die Mieten teurer macht, weil die Vermieter die Anhebung auf die Mieter umlegen werden. Für Wolfsburg würde das bedeuten, dass die Situation der Mietpreise sich weiter verschlimmern würde!

Einfach Lösung und hat den Vorteil, dass es eine Steuer ist, die allgemein ist also nicht zweckgebunden, also niemand die Instandhaltung von Straßen verrückterweise auch einfordern könnte. Die Erträge fließen in die große Stadtkasse mit ein.

Hier lassen sich dann auch elegant weitere Einnahmen generieren- so wie es heute wohl auch beabsichtigt ist.

3. Ein Verzicht auf die Steuer und der Wegfall der Einnahmen ohne Kompensation:

Führt zu einer Verschlechterung des Haushaltes.
Das Straßennetz könnte sich ggf. verschlechtern, wenn weniger Sanierungsmaßnahmen stattfinden.
Diese Maßnahme kann sich niemand so recht vorstellen- außer der AfD-Fraktion!
Wir hatten uns genau zu diesem Weg entschieden!

Leider kommt es den anderen Fraktionen und der Verwaltung nicht in den Sinn, dass es nach jahrelangem Steigen der Steuereinnahmen auch mal zum Wegfall einer ungerechtfertigten Steuer kommen kann und man die notwendigen Maßnahmen aus dem allgemeinen Steuertopf bestreitet.

Warum sind die Beiträge zum Straßenausbau aus unserer Sicht ungerechtfertigt?

Weil das Land Niedersachsen es den Gemeinden freistellt, ob Sie solche Beiträge erhebt! Man KANN solche Steuern erheben, aber man muss es nicht!
(Die AfD-Fraktion hatte bei den letzten Haushaltsberatungen und dem Haushalts-Konsolidierungsprozess der KGST einen eigenen Haushaltsentwurf vorgestellt, der ganz ohne solche Ausbaubeiträge ausgekommen wäre und die Stadt trotzdem noch mehr gespart hätte als bei der Verwaltungsvorlage.)

Es ist eine „Kann-Regelung“, die nach langem hin- und her eingeführt wurde, weil man sich nicht zu einer Abschaffung durchringen konnte obwohl die Widerstände immer größer wurden!

Außer, dass nicht jeder Bundesbürger gleich behandelt wird, was gibt es denn noch für Kritikpunkte?

Zum Beispiel, dass die Städte eigentlich sowieso eine Pflicht der Instandhaltung der Straßen und Wege haben und dieser Pflicht oft nicht nachkommen oder nur ungenügend und allzu gerne die Infrastruktur verlottern lässt, bis eine Sanierung notwendig ist an der sich die Bürger dann zu beteiligen haben. Man wälzt das Problem gerne mal auf die Bürger ab.

Ich zitiere Hans Reinhard Horst, Verbandschef von Haus und Grund:

„Öffentliche Aufgaben, die ohnehin schon durch Abgaben, Gebühren, Beiträge und Steuern finanziert wurden, werden den Bürgern erneut in Rechnung gestellt“.

Zitat Ende.

Wie lange werden die ca. 15 Millionen Menschen, die in Deutschland noch als Netto-Steuerzahler das System am Leben erhalten, die immer weiter steigende Steuerlast tragen können?

Die Stadt Wolfsburg hat durch die Beiträge

2016: 21500,- €

2017: 148000,-€

2018: 421000€

Und durch die Aussetzung während des Moratoriums 2019: lediglich 6000,-€
eingekommen.

Sie über-kompensiert dies jetzt durch eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 450 auf 495 Punkte um 2,5 Millionen Euro.
Macht ein Plus von groß zwei Millionen €!
Das nenne ich mal einen ordentlichen Schluck aus der Pulle!

Zum Vergleich:

Gifhorn mit seinen langen Wegen nimmt pro Jahr ca. 700000,-€ ein.
Braunschweig- mit 250000 Einwohnern in etwa doppelt so groß wie Wolfsburg- nahm bis zur Abschaffung der Stabs 2018 2,5 Mio. € ein!

Hannover hatte Einnahmen aus den Stabs bis zur Abschaffung 2018 von jährlich ca. 1,2 Millionen €!

Der Durchschnitt der 945 Gemeinden in Niedersachsen liegt bei:
387% der Grundsteuer A
435% der Grundsteuer B und
408% der Gewerbesteuer.

Da lagen wir also schon bisher über dem Durchschnitt.
Künftig bauen wir diesen „Vorsprung“ dank SPD und CDU also weiter aus!

Das ist Abzocke!

Wenn man den Wegfall von 421000€ durch Steuererhöhungen von 2,5 Millionen € ausgleicht, dann kann ich dazu nur sagen: Gelegenheit macht Diebe!

Wir wollen eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge!
Wir hätten den Straßenbau und die Instandhaltung aus dem allgemeinen Steueraufkommen bestritten und hatten während der letzten Haushaltsberatungen auch Vorschläge gemacht, wie dies möglich wäre.

Wir hätten sogar noch einer maßvollen Kompensation durch die Anhebung der Grundsteuer- mit Zähneknirschen- mitgehen können, der klammen Stadtkasse zuliebe.
Aber diese Anhebung, die uns hier vorgelegt wird, der können wir nicht zustimmen.
Darum werden wir uns enthalten!

Glücklicherweise müssen wir wohl nicht lange mit dem Zustand, den Sie heute ohne uns beschließen werden, leben:

Das Bundesverfassungsgericht hatte die Grundsteuer, die Sie jetzt anheben schon einmal für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber zu einer Neuregelung verdonnert.

Es ging um die Bemessungsgrundlagen und die Wertermittlung.

Kurz vor Fristende 2019 haben Bundestag und Bundesrat eine Neuregelung beschlossen.

Viele rechnen mit einem Steigen der Grundsteuern und damit der Kosten für die Bürger ab 2025. Hier steigt es nun durch ihren heutigen Beschluss schon ab 2021!

Aber auch die Neuregelung basiert wieder auf den Einheitswerten, also dem Wert des Grundstückes- also im Kern auf dem, was das Bundesverfassungsgericht damals bemängelt hatte!

Einige halten darum auch die Neuregelung für grundgesetzwidrig und kündigen Klagen an.

Vielleicht wird in diesem Zuge ihre heutige Entscheidung also ohnehin revidiert.

Vorlage V2020/ 1508 Beitritt zum Klima-Bündnis:

Die Vorlage scheint Wahlkampf zu sein, vielleicht auch der Angst der Politiker vor der Fridays for future-Bewegung bzw. der Wille sich dieser anzubiedern geschuldet.

Eine der Verpflichtungen, die man eingeht, wenn man diesem Bündnis beitrifft, ist die Selbstverpflichtung, alle 5 Jahre die CO-2-Emissionen um 10% zu senken.

Das erinnert mich stark an planwirtschaftliche Vorgaben!

Es ist ja okay, wenn man sich Ziele setzt, aber dies hier ist substanzfrei verordnet, ohne Maßnahmen hinterfüttert und unflexibel.

Daher lehnen wir den Beitritt zum Bündnis ab!

Zum Antrag A 2020/ 0491 Beitritt zum Bündnis „Niedersachsen hält zusammen“.

Frau Müller sagte kürzlich „Das Bündnis wäre eine wichtige Austauschplattform“

Ich sehe das anders!

Wenn man sich die Homepage und die Veröffentlichungen wie Flyer oder Beiträge bei Facebook ansieht, dann fällt auf, dass es sich bei den Foren meist um Beiträge handelt, bei denen ein Ministerpräsident Weil oder Mitarbeiter der Ministerien sprechen.

Zivilgesellschaft sieht anders aus!

Na klar, es sind Kirchen, Gewerkschaften- die üblichen NGO's dabei, die ihre Namen unter die Flugblätter setzen- das kennen wir auch aus anderen- zum Beispiel den bunten Bündnissen.

Aber es täuscht doch nicht darüber hinweg, dass es sich hier ganz klar um eine **Regierungs-Initiative** handelt, ein Sprachrohr der Landesregierung, um ihre Entscheidungen im Rahmen der Corona-Krise besser zu kommunizieren.

Vorgestellt durch Herrn Weil persönlich.

Es dient anscheinend hauptsächlich dazu, den Konformitätsdruck in der Bevölkerung zu erhöhen!

Die beworbenen Beispiele zeigen auffallend oft „Maskennähen“ oder „Einkaufshilfe“ in immer wiederkehrenden Lobhudeleien. Richtige best-Practice-Beispiele findet man keine.

Dieses Bündnis wird der Stadt Wolfsburg nichts bringen. Es wird keinen wichtigen Austausch bieten. Man spielt sich hier lediglich als Beschützer der Menschen auf, appelliert an den Zusammenhalt- damit alle mitziehen.

Zusammenhalt ist generell sehr positiv und wichtig. Dies sieht auch die AfD-Fraktion so!

Das zu fördern und zu erleben wäre gut- dafür braucht es allerdings dieses Regierungs-Bündnis nicht!

Es ist nutzlos!

Ein Zeichen für die Unverbindlichkeit ist zum Beispiel, dass man aus- und beitreten kann wie man möchte, keine Beiträge erhoben werden und somit auch direkt keine echten Aktionen des Bündnisses ermöglicht.

Die Finanzierung stammt vom Land wie auch der Datenschutzbeauftragte, die Verantwortlichen usw. und von dort kommt wohl auch die Idee zu diesem Bündnis.

Eine Sache hat mir enorm aufgestoßen: Man spricht davon, Diskussion und Austausch ermöglichen zu wollen, man negiert dies aber im letzten Satz deutlich, wie weit man das ernst nimmt, als man hier davon spricht, sich „gegen Verschwörungstheorien und Populismus“ wenden zu wollen.

So ermöglicht man gerade keinen Austausch innerhalb der Gesellschaft! Welche Meinung Populismus ist und was eine Verschwörungstheorie, das entscheidet wohl Herr Weil persönlich und lässt dies dann über seine Bündnispartner verkünden.

Die AfD-Fraktion lehnt daher den Antrag und den Beitritt zum Bündnis ab!